

Berantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
C. Fortane,
Für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
Für den übrigen redakt. Theil:
J. Hirschfeld,
sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den Inseraten-Theil:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunziger Jahrgang.

Nr. 245

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierjährig 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Soldaten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. April.

Inserate, die schriftgestaltete Petitionen oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsauflage bis 8 Uhr vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, hul. Ad. Schles, Hoflieferant, Gr. Gerber u. Breitestr. Ede, Otto Kickl, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annenzen-Expeditionen Adel Pöhl, Haasleben & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

1891

Amtliches.

Berlin, 8. April. Der König hat dem Kreis-Pysikus, Sanitätsrat Dr. Cynthus zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Geh. Sanitätsrat und den praktischen Aerzten Dr. Besser zu Rathenow und Dr. Grosser zu Prenzlau den Charakter als Sanitätsrat verliehen.

Deutschland.

Berlin, 8. April.

L. C. An Wunder zu glauben, wäre man versucht, angesichts eines Artikels der „Köln. Ztg.“, der sich gegen die Auffassung des Reichsgerichts wendet, wonach der § 360 B. 11 des Strafgesetzbuchs unter gewissen Voraussetzungen auf die Presse Anwendung finden kann. Es handele sich hier um eine „ausdehnende Gesetzesauslegung“, durch welche der Kreis der strafbaren Handlungen erweitert und Vorgänge unter Strafe gestellt werden, welche der Gesetzgeber nicht bestraft hat und nicht hat bestrafen wollen. Die „Kölnische“ hat ganz Recht, wenn sie die Wirkung dieser Art der Rechtsprechung als eine Beschränkung der Presselfreiheit und eine Schädigung des Publikums durch Unterbleiben im Augenblick zweifelhafter, aber wichtiger Mittheilungen bezeichnet und belegt, daß dadurch die politischen und sozialen Kämpfe in die Justiz hineingetragen und die Richter gezwungen werden, zu denselben Stellung zu nehmen und sich mittelbar mit der einen oder anderen Richtung zu identifizieren.

Wenn es vorkommen könnte, so schließt das rheinische Blatt seine Auseinandersetzung, daß in der Ankündigung eines Vortrags mit dem Titel: „Der Segen des Unglaubens“ der grobe Unfug des § 360 Zeile 11 gefunden wurde, so muß allerdings die Reichsgesetzgebung der Rechtspflege eine Belehrung darüber ertheilen, daß sie nicht die Aufgabe hat, das geltende Gesetz so zu erweitern, daß eine Grenze gar nicht mehr zu erblicken ist. Die Rechtspflege ist bei der Auslegung des groben Unfugs so weit gegangen, daß sie gar nicht weiß, wohin sie geht und es ist aller Anlaß vorhanden, sie wieder an die fines certi zu erinnern, welche ihrer Thätigkeit gezeigt sind.

Wir sind — eine seltene Ausnahme — mit jeder Silbe einverstanden, welche die „Kölnische Zeitung“ über dieses Thema schreibt. Aber wir sind doch überrascht, solche Ausführungen in den Spalten dieses Blattes zu finden. Woher dieser „neue Kurs?“ So lange Fürst Bismarck am Ruder war, und die Gerichte die von der „Kölnischen“ jetzt so scharf kritisierte Auslegung des „groben Unfugs“ zur Bekämpfung der freisinnigen Partei und ihrer Presse aussuchten, hat die „Kölnische Zeitung“ niemals auch nur mit einer Silbe verrathen, daß sie das Hineinragen der politischen und sozialen Kämpfe in der Rechtsprechung missbilligt. Sie hat sich auch nie darüber aufgehalten, daß die dem Fürsten Bismarck nahestehende Presse unbehelligt von den Gerichten die freisinnige Partei und ihre Mitglieder in der schamlossten Weise verunglimpste. Im Gegenteil; sie drückte dergleichen Kraftleistungen mit Wohlgefallen ab, ohne Furcht, daß der § 360 B. 11 d. St.-G.-B. die Freiheit der regierungsfreundlichen Presse beeinträchtigen könnte. Dass die Anwendung des Groben Unfugs-Paragrapfen auf die Presse eine Verirrung der Rechtspflege ist, scheint der „Köln. Ztg.“ erst nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck klar geworden zu sein.

Seitdem hat das Organ der rheinisch-westfälischen Groß-Industriellen hin und wieder Neigung verrathen, der Regierung Opposition zu machen und es fürchtet anscheinend, dadurch auch seinerseits in die Schusslinie der „ausdehnenden Gesetzesauslegung“ zu gerathen. Jetzt möchte die „Kölnische“ sich der Sphäre der Gesetzgebung bedienen, um die Presselfreiheit gegen das Reichsgericht und die Landesgerichte zu schützen. Wir sind selbstverständlich damit einverstanden; aber es scheint doch angezeigt, daran zu erinnern, daß diese Bedrohung der Presselfreiheit die Folge der Verheizungspolitik ist, zu deren Werkzeug sich seiner Zeit auch die „Kölnische Ztg.“ hergegeben hat.

Angesichts des Umstandes, daß der Reichstag seit dem 17. November mit geringen Unterbrechungen an der Arbeit ist, wird es nicht überraschen, wenn ein Theil der Völker und namentlich diejenigen, die zur Zeit noch der Kommissionsberatung unterliegen, unerledigt bleibt, um den Schluss der Session vor Pfingsten zu ermöglichen. Inwieweit auch andere Gesetzentwürfe bei Seite gelegt werden, ist noch nicht zu übersehen. Was das Zuckersteuergesetz betrifft, so wird die zweite Beratung desselben unter allen Umständen stattfinden müssen. Wie bereits mitgetheilt, wird von den Interessenten ein Kompromisantrag beachtigt, der angeblich auch auf die Zustimmung der Regierung rechnen kann. Darnach würde eine feste Prämie von 1,25 M. für nicht weniger als acht Jahre bei einer Erhöhung der Konsumsteuer auf 18 M. vorgeschlagen. Es wäre das eine neue Zucker-

liebesgabe. Dass die freisinnige Partei für diesen Vorschlag nicht stimmen kann, ist selbstverständlich. Falls die sofortige Aufhebung der Ausfuhrprämien aussichtslos und ein Kompromiß in der oben bezeichneten Richtung zu befürchten ist, bliebe zu erwägen, ob es nicht vorzuziehen sei, nach der Regierungsvorlage die Ausfuhrprämie von 1 M. auf drei Jahre bei einer angemessenen Erhöhung der Konsumsteuer (natürlich nicht auf 20,25 M. wie die Regierung will) festzusetzen.

Nach einer der Wiener „Pol. Korrs.“ aus Athen zugehenden Meldung bildet der angeblich bevorstehende Übergang der Kronprinzessin Sophie zum orthodoxen Glauben den Gegenstand lebhafter Erörterungen aller Geisteskreise. Schon vor Monaten war viel von diesem Glaubenswechsel die Rede, und daß diese Frage gerade jetzt wieder lebhafte besprochen wird, röhrt davon her, daß die Kronprinzessin in letzter Zeit dem protestantischen Gottsdienst ferngeblieben wäre. Über die Glaubwürdigkeit des Gerichtes lasse sich indeß nur schwer ein Urteil bilden, da wohlinformierte Persönlichkeiten auf Grund von Mittheilungen aus Hofkreisen die Meldung rundweg in Abrede stellen, während andere aus eben derselben Quelle versichern, daß der Übergang beschlossene Sache sei.

Die Mittheilungen über den bevorstehenden Rücktritt des kommandirenden Generals des 7. Armeekorps, v. Albedyll, welche Anfangs bestritten worden waren, werden jetzt auch von dem „Hamb. Korresp.“ bestätigt, welcher als mutmaßlichen Nachfolger des Generals den Chef des Hauptquartier des Kaisers, Generalleutnant v. Wittich bezeichnet. An die Nennung dieses Namens knüpft das Blatt noch folgende Betrachtungen:

Bei dem letzten Wechsel in der Leitung des Kriegsministeriums wurde, wie erinnerlich, auch der Name von Wittich unter den Kandidaten genannt. Diese Annahme erwies sich zwar als irrig, aber man glaubt immer noch, daß der Genannte bei einer etwaigen künftigen Reubesetzung des Postens eines Kriegsministers in erster Reihe Aussicht haben wird, nachdem er durch eine längere Leitung eines Armeekorps sich die wünschenswerthe Kenntnis des praktischen Militär-Berwaltungsdienstes anzueignen Gelegenheit gehabt hat.

Der Generalmajor a. D. Wahler ist vorgestern in Frankfurt a. M. gestorben. Derselbe war nach dem Kriege 1866 an der Spitze des 34. Regiments, der ersten preußischen Garnison, in Frankfurt eingezogen und hat die Stadt auch nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienste nicht wieder verlassen.

Die Spende des Prinzenregenten von Bayern für die Marienkirche in Hannover im Betrage von 10 000 Mark ist, wie verlautet, schon älteren Datums und jedenfalls schon vor dem Tode Windthorsts beschlossen gewesen; nur die Veröffentlichung ist erst jetzt erfolgt.

Aus Schlesien, 8. April, wird der „Boss. Ztg.“ geschrieben: Dem Kultusminister Graf Bedlik wird rasch eine Gelegenheit geboten, seine Stellung zu der Frage der Simultanschulen fundzugeben. In Gleiwitz ist ein aus dem Schoße der Stadtverordneten-Versammlung gestellter Antrag auf Umwandlung der dortigen Simultanschulen in konfessionelle Schulen mit großer Mehrheit abgelehnt; die unterlegenen Katholiken aber haben beschlossen, von dem Minister die Anordnung zur Beseitigung der Simultanschulen zu erbitten. Einen Grund sich zu beklagen haben die Gleiwitzer Katholiken nicht, da die Zahl der katholischen Lehrer in den Simultanschulen schon jetzt größer ist, als sie bei Errichtung von Konfessionschulen werden würde; es handelt sich also lediglich um eine grundsätzliche Entscheidung.

Einem Herrn Georg Winter in Marburg ist, wie verschiedene Blätter melden, ein Brief des Fürsten Bismarck zugegangen, in welchem es heißt:

In der Stetigkeit, mit welcher unsere politischen Institutionen nach meinem Ausscheiden aus dem Dienst ungefähr fortwirken, liegt der volle Beweis für die Unrichtigkeit der von meinen Gegnern so oft ausgesprochenen Behauptung, daß die deutsche Reichsverfassung nur auf mich und meine Ansichten zugeschnitten worden sei und durch mein Ausscheiden geschädigt werden würde. Den Wunsch nach Herstellung einer großen homogenen Parlamentsmajorität teile ich mit Ihnen, halte ihn aber für einen „fremmen“, der nach dem mir verbliebenen Eindrücken auch in der Zukunft nicht mehr Aussicht auf Erfüllung hat, als ich in der Vergangenheit gewinnen konnte. Ich bin froh, daß mir so lange gelungen ist, die Einigkeit der Dynastien zu erhalten; die der Parteien bis zu einer konstanten Mehrheit herzuholen, war nicht möglich und wird es schwerlich werden.

Wenn die Reichsmaschine in der kurzen Zeit seit der Entlassung des Fürsten Bismarck keine erheblichen Störungen gezeigt hat, so liegt darin noch keineswegs der Beweis, daß er sie nicht ganz auf seine Person eingerichtet habe oder daß sie überhaupt keiner Verbesserung bedürfe. Dass aber Fürst Bismarck selbst das stärkste Hindernis für die Bildung einer homogenen Parlamentsmajorität gewesen sei, dürfte unschwer nachzuweisen sein.

Die Einnahmen der sozialdemokratischen Partei belaufen sich — laut Quittung ihres Kassirers Bebel — im Monat März d. J. auf 8612,65 M., worunter sich verschiedene größere Beträge befinden. So z. B. hat der „Mann im Mond“ wieder einmal 3092,30 M. „Gründergewinn“ gespendet. „Sphinx“ sandte Herrn Bebel 681,30 M. „Vier alte Berliner“ schenkten

132,05 M. Bei den übrigen Summen sind die Berliner Wahlvereine am meisten beteiligt: 2121,65 Mark wurden von ihnen abgeliefert. Aus Hannover sind 300 Mark gekommen.

Eben a. d. R., 8. April. Die Reise des Abgeordneten Stözel und des Redakteurs Lensing in das Dortmunder Kohlenrevier befußt Förderung eines christlich-patriotischen Verbandes gegen die Sozialdemokratie und deren alte Führer verlief ergebnislos. Die einberufenen Versammlungen wurden von den Sozialdemokraten gestört; selbst im Essener Revier tonnte der Abgeordnete Stözel seine Anhänger für seinen Plan erobern.

Karlsruhe, 8. April. Die „Karlsru. Zeitung“ ist ermächtigt zu erklären, daß der Großherzog anlässlich seines 50jährigen Militär-Dienstjubiläums jede Feierlichkeit außer Parade in den Garnisonen bestimmt abgelehnt habe. Neben Reiseabsichten des Kaisers nach hier sei an höchster Stelle keine Mittheilung erfolgt.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Zur zweiten Beratung der Landgemeindeordnung hat die freisinnige Partei des Abgeordnetenhauses beschlossen, die Wiederherstellung des § 2 (Eingemeindung von Gutsbezirken u. s. w.) nach der Regierungsvorlage, die Beseitigung des Kollektivstimmrechts und der Bestimmung, daß mindestens $\frac{1}{2}$ anstatt $\frac{1}{4}$ sämtlicher Stimmen auf die mit Grundbesitz angefessenen Mitglieder der Gemeindeversammlung entfallen müssen und endlich die Einführung geheimer Wahlen zu beantragen. Die konservative Partei hat eine größere Anzahl von Abänderungsanträgen eingebracht, welche sich auf der von Herrn v. Rauchhaupt in dem bekannten Kreuzzzeitungsartikel bezeichneten Linie bewegen und hauptsächlich die Beibehaltung der ortsstatutarischen Regelung des Stimmrechts und des Aufbringungsmäßlabes für die Kommunalwahlen bezwecken.

Vermissenes.

* Paris-Seehafen. Der für dieses Projekt eingeführte Studienausschuß hat seinen Bericht erstattet. Der zwischen Paris und Rouen zu grabende Schiffskanal würde 182 Kilometer lang und 6,20 Mtr. tief sein. Ein Hafen für Seeschiffe würde zwischen St. Denis und Clichy, fünf kleinere würden zu Andelys, Vernon, Mantes, Poissy-Achères und Argenteuil angelegt werden. Die Gesellschaft schätzt die Kosten auf 150 Millionen, beansprucht weder Zinsbürgschaften noch Zusatz, aber Konzeption des Kanals auf 99 Jahre. Sie würde eine Abgabe von 3 Frs. pro Tonne erheben, wenn Seeschiffe nach Paris kommen, und die Hälfte für die Rückfahrt. Für die Zwischenstationen würde ein Zontari zu Grunde gelegt werden. Außerdem fordert die Gesellschaft 25 Cent. Pilotengebühren für die Tonne und die Hasengebühren. Von den auf den veränderten Fragebogen eingelaufenen 345 027 Antworten sind nur 13 überhaupt gegen einen Schiffskanal und 198 gegen das vorliegende Projekt. Es waren um ihre Meinung befragt worden: General- und Gemeinderäthe, Handels- und Gewerbeammern u. c. Gegen die Ausführung des Kanals sind: die Flusschiffahrtsschäffer, die Westbahn und die Handelskammern von Dieppe, Rouen und Bordeaux. Auch der Ober-Ingenieur der Seeschiffahrt und der Oberrath der Brücken und Chausseen im Bautenministerium haben gerathen, das Projekt abzulehnen.

† Die Regierung des Kantons Waadt hat beschlossen, die seit mehr als 300 Jahren bestehende Akademie in Lausanne durch Errichtung einer medizinischen Fakultät zum Range einer Universität zu erheben. Die Universitätsbehörden, die Kantonsregierung und der Magistrat der Stadt Lausanne haben sich nun zusammengetan, um zur Feier dieses bedeutungsvollen Ereignisses eine Reihe von Feierlichkeiten zu veranstalten. In Aussicht genommen sind dafür die Tage des 18., 19. und 20. Mai und zwar für den ersten Tag die feierliche Ceremonie der Inauguration, Banket und Konzert; für den zweiten Tag eine Lustfahrt auf dem Genfer See und ein venetianisches Fest in Ouchy. Der dritte Tag ist für Sitzungen der wissenschaftlichen Gesellschaft und studentische Feierlichkeiten reservirt.

Locales.

Posen, den 9. April.

* Herr Oberlandesgerichts-Präsident Franz ist gestern nach Bromberg gereist und wohnte dort der Schwurgerichtssitzung bei.

* Eisenbahn-Direktion zu Breslau. Der Regierungsrath Schmale, ständiger Hilfsarbeiter des Eisenbahn-Betriebsamtes Breslau-Tarnowitz, ist gestorben.

* Alters- und Invaliden-Versicherung der Eisenbahn-Arbeiter. Für die in der preußischen Staatsseilbahn-Berwaltung beschäftigten Arbeiter gefiehlt die Alters- und Invaliden-Versicherung durch die Pensionskasse der Eisenbahnverwaltung. Zu Vorständen der nach dem Gesetz zu errichtenden Schiedsgerichte sind im Direktionsbezirk Breslau Oberlandesgerichtsrath Röschner und zu dessen Stellvertreter Oberlandesgerichtsrath Teplaff, beide in Breslau, und im Direktionsbezirk Bromberg Oberregierungsrath Petersen bzw. Landgerichtsdirektor Helf, beide in Bromberg, ernannt worden.

— b. Der Personenbrunnen auf dem Königsplatz wurde heute Mittag durch Herrn Bürgermeister Kalkowski seiner Bestimmung übergeben. An die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, welche sich zu diesem Zwecke vor dem Brunnen versammelt hatten, hielt Herr Bürgermeister Kalkowski eine kurze Ansprache, in der er daran erinnerte, daß es heute gerade drei Jahre sind, daß die Kaiserin Friedrich, einem Wunsche ihres kaiserlichen Gemahls folgend, unsere Stadt mit ihrem Besuch beeindruckt und sich von der Rotte überzeugte, welche das Wasser der über ihre Ufer weit hinausgetretenen Warthe über unsere Stadt gebracht hatte. Dem Dank für diese Theilnahme und für die Fürsorge, die dann Kaiser Wilhelm II. uns bewiesen, der auch die Befreiungsgruppe der Stadt zum Andenken an den Besuch seiner Mutter schenkte, gab

Redner durch ein auf die Kaiserin Friedrich, Kaiser Wilhelm II. und das ganze kaiserliche Haus ausgebrachtes Hoch Ausdruck, in das die Versammelten dreimal einstimmten. Zugleich begann der Brunnen seine Wasser spielen zu lassen. Mit der Beichtigung desselben durch die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten schloß der feierliche Akt. — Zum Andenken an den Besuch der Kaiserin Friedrich hat der Magistrat beschlossen, daß die Obere Mühlenstraße fortan Victoriastraße heißen soll, wozu die Allerhöchste Genehmigung bereits ertheilt ist.

— b. **Grundstückverkauf.** Das Grundstück am Kanonenplatz Nr. 5 ist von der bisherigen Besitzerin, der Witwe Stanisława Andrzejewska für den Preis von 225 500 M. an Herrn Kaufmann Hirschbruch verkauft worden.

— b. **Verirrt.** Der Todtengräber vom St. Martin-Pfarrhofe schickte gestern seinen kleinen Sohn zum ersten Male nach der Schule. Auf der Rückkehr aus derselben verlor sich der Kleine, kam nach dem Eichwald und geriet dort in ein Wasserloch. Er wäre unfehlbar ertrunken, wenn nicht im rechten Augenblide der Förster hinzugekommen wäre. Derselbe zog ihn aus dem Wasser heraus, nahm ihn mit nach seiner Wohnung, wo ihm die Kleider getrocknet wurden, und schickte ihn dann Abends nach der Stadt zur Polizeiwache. Dort wurde er bald erkognosirt und mittels Drostei seinen Eltern zugeführt.

— b. **Neuer Schleppdampfer.** Der für die neu gegründete Firma "Vereinigte Wartheclüsse-Dampfschiffahrtsgesellschaft zu Posen" in Danzig neu erbaute Schleppdampfer ist gestern hier am Kleemannischen Bollwerk eingetroffen. Der Dampfer hat eine Maschine mit 200 Pferdekräften und zwei mächtige Schaufelräder und macht in seinem Bau und der inneren Einrichtung einen schönen Eindruck. Bei der Ankunft des Dampfers, der über 90 000 M. kosten soll, hatten die hier vor Anker liegenden Kähne sämtlich reich geflaggt.

— b. **In der Naumannstraße werden nunmehr Gaslaternen aufgestellt.**

— b. **Ein trichinöses Schwein** fand neuerdings wieder ein hiesiger Fleischermeister unter dem von ihm geschlachteten Vorstriebe vor. Die Polizei beschlagnahmte dasselbe und wird es morgen vernichten.

— b. **Aus den Massenquartieren.** Aus dem Schulhaus in der Töpfergasse ziehen heute vier der dort untergebrachten von der Leiberschwimmung betroffenen Familien in ihre Wohnungen, neun weitere Familien sind gestern nach der Baracke am Fort Haase übersiedelt und drei kommen heute nach der Baracke am Fort Britzow. Dadurch wird das Schulhaus von den Leiberschwimmten völlig geräumt.

— b. **Misshandlung.** Wegen Misshandlung mußten gestern zwei Personen verhaftet werden, ein Arbeiter aus Jersitz, der einen anderen Arbeiter mit einem Stein im Gesicht verletzt hatte, und ein Maurer, gleichfalls aus Jersitz, der seine Frau gemäß-handelt hatte und die Möbel in seiner Wohnung zertrümmerte.

— b. **Diebstahl.** Einem Kaufmann in der Wronkerstraße wurden vor einigen Tagen aus seinem im Komptoir stehenden verschlossenen Geldschranken 280 M. in Gold und 5 bis 6 M. in Zwanzigpfennigstückchen gestohlen. — Einem Schuhmachermeister wurde gestern in einer Restaurierung der Breitenstraße ein Pfandschein über einen goldenen Ring entwendet. — Aus seinem Keller in der Oberwallstraße sind einem Offizier in den Osterfeiertagen mehrere Flaschen Wein gestohlen worden. — In allen diesen Fällen ist der Dieb bisher nicht ermittelt.

Handel und Verkehr.

** **Danzig.** 8. April. Die Einnahmen der Marienburg-Mlawer Eisenbahn betrugen im Monat März 1891 nach provisorischer Feststellung 185 500 M. gegen 140 800 M. nach provisorischer Feststellung im März 1890, mitin mehr 44 700 M.

** **Köln.** 7. April. Der Aufsichtsrath der "Concordia, Kölnische Lebensversicherungs-Gesellschaft," beschloß die Dividende der mit Gewinnanteil Versicherten fortan nach der Gesamtkumme der bezahlten Jahresprämien zu vertheilen. Die Dividende für die Aktionäre wurde für das Jahr 1890, wie im vergangenen Jahre auf 7½% p. C. festgesetzt.

** **Köln.** 8. April. Der Aufsichtsrath der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft schlägt, wie die "Kölnische Btg." meldet, die Vertheilung einer Dividende von 15% p. C., wie im vergangenen Jahre, vor, die Retrocessions- und Rückversicherungs-Gesellschaft "Minerva" eine solche von 6% p. C., ebenfalls wie im vergangenen Jahre.

** **Wien.** 8. April. Die Generalversammlung der Länderbank ertheilte dem Verwaltungsrathe einstimmig Decharge und genehmigte ebenfalls einstimmig den Antrag des Verwaltungsrathes, wonach eine Superdividende von 2 Gulden, somit eine Gesamtdividende von 12 Gulden pro Aktie vertheilt werden soll. Eine Million soll zur Errichtung einer Spezialreserve verwendet und 311 172 Gulden sollen auf Konto des nächsten Jahres vorgetragen werden.

** **Wien.** 7. April. Die Generalversammlung der Anglo-Bank genehmigte die Vertheilung einer Dividende von 10% p. C. und die Dotirung des Reservesfonds mit 700 000 fl.

** **London.** 7. April. [Wollauktion.] Wolle fest, Preise zu Gunsten der Verkäufer.

Marktberichte.

** **Berlin.** 8. April. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] **Marktlage.** Fleisch. Bei starker Zufuhr langsameres Geschäft. Schweinefleisch wieder billiger. Wild und Geflügel. Ware aller Art fehlt oder ist sehr knapp. Geschäft still, Preise hoch. Fische. Im Allgemeinen geringe Zufuhr. Mattes Geschäft, Preise etwas gedrückt. Butter und Käse. Butter sehr matt, Preise nachgebend. Käse rubig. Gemüse. Kartoffeln stark steigend, größere Zufuhren erwünscht. Weißkohl wieder gestiegen, Zufuhr ungenügend; auch Mohrrüben teurer. Radieschen billiger. Obst und Süßfrüchte. Apfelsinen knapp und höher.

Fleisch. Rindfleisch Ia 58—62, IIa 50—56, IIIa 40—48, Kalbfleisch Ia 58—68, IIa 40—55, Hammelfleisch Ia 48—52, IIa 40—46, Schweinefleisch 43—50 M., Batonier do. — M., russisches do. — M., russisches — M., galizisches — M. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gejalztes Fleisch. Schnaken ger. mit Knochen 72—85 M., do. ohne Knochen 90—100 Mark, Lachschnaken 120—140 M., Spec. ger. 60—75 M., harte Schlactwurst 120—140 M. per 50 Kilo.

Wild. Wildschweine 35—45 Pf. per 1%, Kg., Kaninchen per Stück 0,75—1,00 M., Rennthiersfleisch (Reule) per 1%, Kg. 65—70 Pf., do. (Rüden) do. — M.

Bähmes Geflügel, lebend. Gänse, junge, per Stück 5—6 M., Enten 1,75—2,50 M., Puten — M., Hühner, alte 1,00 bis 2,00 M., do. junge — M., Tauben bis 50 Pf., Buchthühner — M., Borschhühner 2,50—3,50 M., Kapuinen 2,50—3,00 M.

Bähmes Geflügel geschlachtet. Enten prima pr. 1% Kilo 0,80—1,00 M. per Stück IIa 1,20—1,80 M., Hühner Ia pr. Stück 1,80—2,65, IIa 0,90—1,40 M., junge 1—1,25 M., Tauben 0,30 bis 0,50 M., Puten pr. 1% Kilo 0,80—0,95 M.

Butter. Ost- u. westpreußische Ia 112—115 M., IIa 102 bis 108 M., Holsteiner u. Mecklenburg. Ia 110—113, do. IIa 100—106 M., schlesische, pommerische und posenische Ia 110—113 M., do. do.

IIa. 100—106 M., geringere Hofsbutter 85—98 M., Landbutter 75 bis 85 M., polnische — M., Galizische — M.
Marktpreise zu Breslau am 8. April.

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	gute		mittlere		gering. Waare	
	Höch- M. Bf.	Nie- drigst. M. Bf.	Höch- ster M. Bf.	Nie- drigst. M. Bf.	Höch- ster M. Bf.	Nie- drigst. M. Bf.
Weizen, welcher n.	21 30	21 10	20 70	20 20	19 70	19 20
Weizen, gelber n.	pro	21 20	21 —	20 70	20 20	19 20
Roggen		18 60	18 30	18 10	17 90	16 90
Gerste	100	16 30	15 60	14 70	14 20	13 60
Hafer alter		15 90	15 70	15 50	15 30	14 90
Hafer neuer	Hafer.	16 80	16 30	15 80	15 30	14 80
Ersben						

Breslau, 8. April (Amtlicher Produkten-Börsenbericht.)

Roggen per 1000 Kilogramm — Gef. — Ctr. abgelaufene Kündigungsscheine. — Per April 187,00 Gd., April-Mai 187 Gd., Mai-Juni 187 Gd., Septbr.-Oktbr. 178 Gd., 180 Br. — Hafer (per 1000 Kilogramm). — Per April 160,00 Gd., April-Mai 160,00 Gd., Rück 1 (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gekündigt — Liter. Per April (50er) 69,70 Gd., (70er) 50,00 Gd., April-Mai 50,00 Gd., Mai-Juni 59,50 Gd., Juni-Juli 50,80 Gd., Juli-August 51,80 Gd., August-September 51,30 Gd. — Binf. Ohne Umsatz.

Die Preiskommission.

Schiffsvorlehr auf dem Bromberger Kanal

vom 7. bis 8. April, Mittags 12 Uhr.

Anton Schmidt VIII. 578, leer, Neuenburg-Zuchschwanz. Johann Mierzwitschi IV. 372, leer, Graudenz-Zuchschwanz. Franz Blaskowitz XIV. 81, leer, Graudenz-Riedola. Friedrich Bild V. 375, leer, Graudenz-Riedola. Anton Friedrich VIII. 340, leer, Graudenz-Zuchschwanz. August Klose VI. 654, Feldsteine, Lochowo-Fordon. Wilhelm Hannemann IX. 3725, Feldsteine, Lochowo-Fordon. Theodor Reinelt VIII. 1219, Güter, Bromberg-Montiv. Gustav Schirmer, Schleppdampfer "Fliege" Güter, Bromberg-Montiv. August Schulz VIII. 456, leer, Schweiz-Zuchschwanz. Job. Wisniewski XIII. 1818, leer, Schweiz-Zuchschwanz.

Holzfäkerei.

Gegenwärtig schleust:

Tour Nr. 3. J. Kretschmer-Bromberg.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. April Mittags 2,80 Meter.

= = 9. = Morgens 2,78 =

= = 9. = Mittags 2,76 =

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 9. April. Die „Köln. Volksztg.“ theilt ein Schreiben des Pater Schynje vom 27. Januar aus Bukumbi mit. Damals trat dieser Missionar eine Wanderung am Südwestufer des Victoriasees bis zur Grenze von Uganda an. Alles war mit Vorbereitungen für Expeditionen nach Uganda, Umhjembe und Karagwe beschäftigt. Emin Pasha war noch in Karagwe und beabsichtigte, nach dem Tanganjika zu marschiren. Lieutenant Langheld segelte ihm nach, nachdem er die Wangoni wiederholt geschlagen hatte. Das Land südlich vom Victoriasee war vollkommen ruhig. Lieutenant Sigl marschierte am 27. Januar nach Tabora ab, um dort ein Fort zu erbauen.

Bern, 9. April. Die Anklagekammer des Bundesgerichts verwies Castioni und 21 andere an dem Tessiner Aufstand Befürchtete wegen Insurrektion vor die eidgenössischen Ge-schworenen.

Paris, 9. April. Das sozialistische Zentralkomitee hatte gestern Abend die hier anwesenden Delegirten zu einer Versammlung einberufen, welche sehr stürmisch verlief. Die Ansichten hinsichtlich des Verhaltens am 1. Mai gingen vollkommen auseinander; es wurde keinerlei Beschlüsse gefaßt.

Berlin, 9. April. [Telegr. Spezialbericht der "Pos. Btg."] Das Abgeordnetenhaus nahm nach nochmaliger Abstimmung den Wahlgesetzentwurf Huene an und begann die zweite Lesung der Landgemeindeordnung. Zum Kommissions-Kompromiß über die Zusammensetzung- und Auflösungsbestimmungen lag ein freisinniger Antrag Ebert-Rickert auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor, zu dessen Begründung Abg. Rickert betonte, daß hier lokale Interessen hinter den großen Landesinteressen zurückstehen müßten und daß letztere nur durch die Zentralinstanz, Regierung und Landesvertretung, wahrzunehmen seien. Abg. v. Rauchhaupt vertrat die Ansicht der Kommission, daß einem Selbstverwaltungskörper nur die Wahrung lokaler Interessen nahelege, die Zentralinstanz aber ohne Kenntniß mit sprechen müßte und auch das Staatsinteresse jederzeit zuerst wahrnehmen werde. Abg. v. Huene erhob Bedenken gegen Einführung des Staatsministeriums als Instanz in die Selbstverwaltung und gegen den langwierigen Instanzenzug und schlug als einzige Instanz den Provinzialrat vor; er erklärte sich andernfalls gegen den bezüglichen § 2. Minister v. Herrfurth wandte sich entschieden gegen diesen Vorschlag als Beeinträchtigung der Befugnisse der Krone; das Eingreifen des Staates müsse gewahrt werden. Abg. Krause erklärte die Zustimmung der Nationalliberalen zu den Kommissionsbeschlußen, und sprach gegen den Vorschlag Huene, ebenso Abg. Ritter, während Abg. Meyer-Arnswalde das ganze Gesetz bekämpfte.

Wien, 9. April. Nach einem feierlichen Hochamt in der Stephanskirche hielt der Reichsrath seine erste Sitzung ab. Smolka als Alterspräsident übernahm den Vorsitz. Alsdann erfolgte die Eidesleistung.

Petersburg, 9. April. Die lutherischen Pastoren Krause und Treu aus Kurland wurden lehinstanzlich zu viermonatlicher bzw. zweimonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt. Krause wurde der Schmähung der orthodoxen Religion und Treu des Vergehens schuldig erkannt, eine Predigt zwecks Verhinderung des freiwilligen Übertritts zur orthodoxen Kirche gehalten zu haben.

Börse zu Posen.

Posen, 9. April. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus gekündigt — Regulierungspreis (50er) 69,— (70er) 49,30. (Volo ohne Fak. 50er) 69,— (70er) 49,30.
Posen, 9. April. [Privat-Bericht] Wetter: kühl.
Spiritus matter. Volo ohne Fak. (50er) 69,— (70er) 49,30, April (50er) 69,— (70er) 49,30, August (50er) 71,— (70er) 51,30.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 9. April (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.) Not.v.8.

Weizen schwankend | Spiritus matter | Not.v.8.

Weizen schwank